

Stern-RTL-Wahlrend: CDU legt zu, AfD verliert - Merkel und Gabriel gewinnen an Zustimmung

Hamburg (ots) - Die Pöbeleien zum Tag der Deutschen Einheit in Dresden haben der AfD geschadet. Im Stern-RTL-Wahlrend verlieren die Rechtspopulisten im Vergleich zur Vorwoche einen Prozentpunkt und liegen nun bei 12 Prozent. Dagegen können CDU und CSU einen Prozentpunkt auf jetzt 34 Prozent hinzugewinnen. Die Werte für die anderen Parteien haben sich nicht geändert. Die SPD kommt auf 22 Prozent, die Grünen erreichen 11 Prozent, die Linke kommt auf zehn Prozent und die FDP auf sechs Prozent. Auf die sonstigen kleinen Parteien entfallen fünf Prozent. Der Anteil der Nichtwähler liegt weiterhin bei 28 Prozent.

Bei der Kanzlerpräferenz - wenn also die Spitze des Kanzleramts direkt gewählt werden könnte - gewinnt Angela Merkel einen Prozentpunkt und kommt auf 45 Prozent. Ihr Vorsprung auf Sigmar Gabriel beträgt weiterhin 27 Prozentpunkte, da Gabriel auch einen Prozentpunkt zulegt und nun 18 Prozent erhält.

Das Forsa-Institut ermittelte auch, wie der EU-Parlamentspräsident Martin Schulz als möglicher SPD-Kanzlerkandidat im Vergleich zu Merkel abschneiden würde. Danach würde er mehr Zuspruch als Gabriel erhalten und 29 Prozent bekommen. Für Merkel würden sich in diesem Fall 46 Prozent entscheiden. Forsa-Chef Manfred Güllner: "Manfred Schulz ist ein unbeschriebenes Blatt. Er hätte die Chance, dieses Blatt positiv für die SPD zu beschriften, weil er Gruppen außerhalb der Partei anspricht und verlorene Wähler zurückholen könnte."

In einer weiteren Umfrage ermittelte das Forsa-Institut, was die Bürger von der Rentenpolitik der Bundesregierung halten. Danach will eine Mehrheit von 67 Prozent, dass die Parteien das Thema aus dem Bundestagswahlkampf heraushalten und gemeinsame Lösungen finden. Dabei ist die Ansicht bei der Union mit 72 Prozent besonders stark ausgeprägt, während es bei der AfD nur 50 Prozent sind.

Eine Mehrheit der Befragten lehnt auch die verschiedenen Reformvorschläge ab, wie höhere Rentenbeiträge, eine schrittweise Anhebung des Rentenalters über 67 Jahre hinaus auf 68, 69 oder 70 Jahre oder eine weitere Senkung des Rentenniveaus. Am wenigsten schlimm finden es die Bürger, wenn die Rentenbeiträge steigen. So

halten 41 Prozent diesen Vorschlag für geeignet, während ihn 53 Prozent ablehnen.

Eine weitere Absenkung des Rentenniveaus befürworten dagegen nur 14 Prozent, während sich 79 Prozent dagegen aussprechen. Schließlich glauben 87 Prozent der Befragten unter 65 Jahren nicht, dass die gesetzliche Rente im Ruhestand allein ausreicht, um den Lebensunterhalt zu sichern. Allein auf die Rente vertrauen hingegen 11 Prozent der unter 65-Jährigen.

Datenbasis Wahlrend: Das Forsa-Institut befragte vom 4. bis 7. Oktober 2016 im Auftrag des Magazins stern und des Fernsehsenders RTL 2004 repräsentativ ausgesuchte Bundesbürger, die durch eine computergestützte Zufallsstichprobe ermittelt wurden. Die statistische Fehlertoleranz liegt bei +/- 2,5 Prozentpunkte.

Datenbasis Rentenumfrage: Das Forsa-Institut befragte am 6. und 7. Oktober 2016 im Auftrag des Magazins stern 1002 repräsentativ ausgesuchte Bundesbürger, die durch eine computergesteuerte Zufallsstichprobe ermittelt wurden. Die statistische Fehlertoleranz liegt bei +/- 3 Prozentpunkten.

Diese Vorabmeldung ist nur mit Quellenangabe stern-RTL-Wahlrend bzw. stern zur Veröffentlichung frei.

~

Rückfragehinweis:

Tamara Kieserg, Gruner und Jahr Unternehmenskommunikation,
Telefon 040 -3703 5550 oder Matthias Bolhöfer, RTL-Kommunikation,
Telefon 0221 - 4567 4227 (nur Wahlrend).

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/DE6329/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0009 2016-10-12/07:01

120701 Okt 16

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20161012_OTS0009